

Modellprojekt gegen Ärztemangel

Philippsthal plant Gesundheitsmanagement

08.11.16

Philippsthal. Trotz eines tiefen Lochs im Philippsthaler Gemeindehaushalt (unsere Zeitung berichtete), konnte Philippsthals Bürgermeister Ralf Orth zur jüngsten Gemeindevertreterversammlung auch mit positiven Nachrichten aufwarten: Der Marktgemeinde bleiben Rückforderungsansprüche in Höhe von 315.100 Euro erspart.

Diese hatte das Land gestellt, weil im Jahr 2004 beim Bau kommunaler Abwasseranlagen in Harnrode und Unterneurode mit Landesmitteln geförderte Kanalabschnitte an die damalige Eon Mitte (heute EAM) übertragen worden waren. Tatsächlich durfte das Fördergeld nur für kommunale Bauprojekte verwendet werden. Da sich die EAM mittlerweile wieder in kommunaler Hand befindet, haben sich beide Parteien auf einen Vergleich geeinigt: Die Marktgemeinde zahlt lediglich 25.400 Euro. „Dabei handelt es sich lediglich um einen überzahlten Betrag, den wir ohnehin begleichen müssten“, verdeutlichte der Rathauschef.

Lobende Worte für diesen Vergleich fand auch die CDU-Fraktionsvorsitzende Ulrike Wenig. Mit Blick auf den Bericht zum Haushaltsvollzug monierte sie allerdings nicht schlussgerechnete Tiefbauarbeiten, welche die Gesamtsituation mit rund 2,46 Millionen Euro verschlechterten. Ebenfalls einstimmig haben die Gemeindevertreter beschlossen, ein Konzept für ein regionales Gesundheitsmanagement erarbeiten zu lassen – wengleich sich die Förderbedingungen geändert haben. Ziel dieses Projekts sei eine Koordinierungsstelle, welche die Angebote aus allen Sparten des Gesundheitswesens sektorenübergreifend zusammenführt, erläuterte Eveline Gerlach von der Magdeburger Firma EUMEDIAS, welche mit der Erstellung des Konzepts beauftragt wurde. Damit solle die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung auch in Zukunft sichergestellt und für junge Mediziner ein zusätzlicher Anreiz geschaffen werden, sich in der Region niederzulassen.

Einmalige Förderung

Ursprünglich hatte die Gemeinde gehofft, in ein dreijähriges Förderprogramm aufgenommen zu werden. Das Sozialministerium hatte der Gemeinde eine Förderung von höchstens 50 Prozent auf eine Gesamtsumme von 320.000 Euro in Aussicht gestellt. Der Gemeindeanteil hätte bei etwa 182.000 Euro gelegen. Jetzt erhält die Gemeinde allerdings nur eine einmalige Förderung in Höhe von 65.000 Euro. Der Gemeindeanteil sinkt damit ebenfalls, auf 7.200 Euro. Dem stimmten die Gemeindevertreter zu – unter der Bedingung, dass keine Rückforderungsansprüche entstehen, falls ein solches Konzept zwar erarbeitet, aber nicht umgesetzt wird. (jce)